



Sessionsbericht – Wintersession

Rapport de session – Session d'hiver

27. November bis 15. Dezember 2017

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

Zurück in die Zukunft

Der Arbeitsmarkt Schweiz steht bereits heute und noch viel mehr in Zukunft vor grossen Herausforderungen. Einige Ursachen sind hausgemacht wie z.B. die umständliche Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) oder die Kontingentierung der Drittstaaten-Einwanderung. Einerseits will man die gezielte Einwanderung in den Arbeitsmarkt aufrechterhalten, um die hohe Nachfrage verschiedener Branchen bedienen zu können. Andererseits will man die gesamte Nettoeinwanderung in einem vernünftigen Rahmen behalten, da man die Ängste der Bevölkerung bezüglich Überfremdung oder den eigenen Arbeitsplatz ernst nimmt. Die eierlegende Wollmilchsau ist bekanntlich nicht ganz so einfach zu finden. Trotzdem liegt es mehr oder weniger in unseren eigenen Händen, konkrete Lösungen zu definieren. Dass dies zumindest für einzelne Probleme möglich ist, hat die FDP mit der Umsetzung der MEI bewiesen.

Andere Ursachen für die Herausforderungen im Arbeitsmarkt sind fremdbestimmt und langfristig viel entscheidender für die erfolgreiche Zukunft des Standortes Schweiz. Die Rede ist, wie so oft in den letzten Tagen, Wochen und Monaten, von der Digitalisierung des Arbeitsmarktes. Anstatt jetzt jedoch Angstszenerien und den Untergang ganzer Branchen zu skizzieren, hat die FDP erneut ein Zeichen für den positiven Umgang mit der Digitalisierung gesetzt. In der abgelaufenen Wintersession hat die FDP-Liberale Fraktion darum einen Vorstoss mit Weitsicht eingereicht: [17.4087](#) – *Digitalisierung. Ein neuer Status für den Arbeitsmarkt?* Mit neuen Beschäftigungsformen über digitale Plattformen zeigt sich nämlich immer deutlicher, dass unsere bestehende Gesetzgebung keine genügende Lösung für die heutigen und kommenden Herausforderungen bietet. Wie soll ein UBER-Fahrer oder ein Vermieter von Airbnb gemäss der heutigen Regelung einen angemessenen Sozialversicherungsschutz erhalten, wenn er weder in die bestehende Klassifizierung eines Angestellten noch eines Selbstständigen passt? Diese Leute fallen zwischen Stuhl und Bank. Diese Problematik wird im Zuge der Digitalisierung weiter zunehmen. Im Zweifelsfall wird heute entschieden, dass es sich um ein Angestelltenverhältnis handelt. Nebst den finanziellen Konsequenzen raubt dies den Betroffenen Flexibilität und schafft Rechtsunsicherheit. Aus diesem Grund hat die FDP mit ihrem Postulat den Bundesrat beauftragt, einen neuen Status für Selbstständige in Plattform-Beschäftigung zu prüfen und über dessen Vor- und Nachteile Bericht zu erstatten. Ziel dieses Berichtes sind Massnahmenvorschläge, die der Schweiz die Möglichkeiten aufzeigen, um in Zukunft auch für die fremdbestimmten Herausforderungen des Arbeitsmarktes gewappnet zu sein.

1. Unheilige Allianz im Budget verhindert –Schuldenbremse verteidigt

Der Ständerat hat den Antrag der Einigungskonferenz zum Bundesbudget 2018 abgelehnt. Somit fließen die nach dem Nein zur Rentenreform frei gewordenen Gelder in Höhe von 442 Millionen Franken im nächsten Jahr in den Schuldenabbau statt in die AHV. Der Entscheid der kleinen Kammer gegen den Antrag der Einigungskonferenz fiel mit 25 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Nein stimmten Vertreter der FDP, CVP und auch einzelne SVP-Politiker. Die FDP zeigt sich erfreut, dass damit die Schuldenbremse eingehalten werden kann.

Philipp Müller (FDP/AG) argumentierte, dass eine Finanzspritze für die AHV "eine reine Placebo-Massnahme ohne gesetzliche Grundlage" gewesen wäre. Die FDP begrüsst, dass die unheilige Allianz zwischen SP und SVP erfolglos war, welche die Gelder nicht für den Schuldenabbau verwenden wollten.

Es gilt bei allen verbleibenden Differenzen nun der jeweils tiefere Betrag, der in der dritten Beratungsrunde in einem der beiden Räte eine Mehrheit gefunden hat. Das bedeutet, dass bei der Sozialhilfe für Asylsuchende gegenüber dem bundesrätlichen Entwurf um 41 Millionen Franken gekürzt wird. Das ist im Sinne des Nationalrats. Gleichzeitig wird kein zusätzliches Geld für die höhere Berufsbildung gesprochen. Der Nationalrat wollte diesen Posten um 25,6 Millionen Franken aufstocken, der Ständerat lehnte dies bis zum Schluss ab. Vorläufig vom Tisch ist auch eine personelle Aufstockung beim Grenzwachtkorps. Hier hat sich ebenfalls der Ständerat durchgesetzt, der auf zusätzliche dreissig Stellen verzichten wollte. Das Thema wird die Räte wegen pender Vorstösse aber noch weiter beschäftigen.

2. Die RASA-Initiative kommt nicht vors Volk

Der Ständerat hat sich in der Beratung der RASA-Initiative dem Nationalrat, der das Geschäft bereits im September behandelt hat, angeschlossen. Er spricht sich deutlich sowohl gegen die Initiative wie auch gegen einen möglichen direkten Gegenvorschlag aus. Das Hauptargument für die Ablehnung war, dass die Forderung der Initianten, namentlich die Sicherung des bilateralen Weges, bereits erfüllt ist. Der Ständerat befand, dass die Initiative nach der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative durch das Parlament obsolet geworden ist und keine Klärung der europapolitischen Fragen gebracht hätte.

Aus der Beratung im Ständerat resultierte keine Differenz zum Nationalrat. Das Geschäft wäre also bereit gewesen für die Schlussabstimmung am Freitag, 15. Dezember 2017. Tatsächlich trat das Initiativkomitee aber bereits am Dienstag, 12. Dezember vor die Medien, um den Rückzug bekannt zu geben. Damit trat für das Parlament ein äusserst seltener Fall ein, nämlich, dass eine Volksinitiative noch vor der Schlussabstimmung zurückgezogen wird – notabene ohne dass das Parlament den Initianten eine Konzession in Form eines Gegenvorschlags gemacht hätte. Die Schlussabstimmung, also die definitive Abstimmungsempfehlung des Parlaments zuhanden der Bevölkerung, erübrigt sich damit.

Die Initianten sind für diesen vernünftigen Schritt zu beglückwünschen. Die FDP-Fraktion hat RASA in beiden Räten deutlich abgelehnt, weil der Weg bereits im Dezember 2016 dank der FDP aus der Sackgasse gewiesen wurde. Unter geänderten Vorzeichen hätte „Raus aus der Sackgasse“ bei einem (absehbaren) Nein an den Stimmurnen auf direktem Weg zurück in die Sackgasse geführt. Die widersprüchlichen Interpretationen bei einer Ablehnung der Initiative bleiben uns nun erspart. Eine definitive Klärung der Zuwanderungsfrage wird die Kündigungsinitiative der SVP liefern.

3. Die Cyber-Sicherheit und Cyber-Abwehr werden gestärkt

Der Bund erhält den Auftrag, ein bundesweites Kompetenzzentrum für Cyber-Security zu schaffen. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat dafür ausgesprochen. Das Parlament erachtet die heutigen Ressourcen zur Abwehr von Cyber-Attacken als unzureichend und hat deshalb eine Motion von Ständerat Joachim Eder (FDP/ZG) sehr deutlich angenommen (177:2:0). Eders Ziel ist eine Bündelung der Kräfte im Kampf gegen Cyber-Risiken. Das Kompetenzzentrum auf Stufe des Bundes soll eine globale Präventionsstrategie erarbeiten und koordinieren sowie gegenüber den Bundesämtern weisungsbefugt sein. Es soll zudem die Ausbildung in diesem Bereich übernehmen.

Die erfolgreiche Motion Eder ist das Resultat des letzten Fraktionsseminars im Februar 2017, an dem sich die Fraktion schwerpunktmässig mit der Digitalisierung befasst hat. Die Fraktion fuhr im Bereich Cyber eine zweigleisige Strategie. Parallel zur Motion Eder, die auf den Schutz des zivilen Cyber-Bereichs abzielt, reichte SR Dittli eine zweite Motion für den militärischen Cyber-Bereich ein. Letztere wurde vom Nationalrat stillschweigend angenommen. Da die vorberatende nationalrätliche Sicherheitskommission den Text aber leicht abgeändert hat, konnte sie noch nicht definitiv überwiesen werden und muss noch einmal zurück in den Ständerat. Die Annahme ist in der Frühlingssession 2018 ist reine Formsache.

Gemäss Motion Dittli soll der Bund eine militärische Cyberdefence-Organisation schaffen. Dittli beantragt dem Bundesrat, bei der Schweizer Armee ein militärisch ausgerichtetes Kommando zur Abwehr von Cyber-Risiken mit Truppen in angemessener Stärke aufzubauen. Die Einheit soll aus 100 bis 150 IT-Spezialisten bestehen. Daneben sollen die Cyber-Truppen nach dem Milizsystem funktionieren und 400 bis 600 Personen umfassen. Anders als der Motionär sprach sich der Nationalrat aber dafür aus, keine Cyber-Rekrutenschule schaffen. Er kam damit dem Bundesrat entgegen.

4. **Parlament mit klarer Mehrheit gegen Vollgeld-Initiative**

Der Nationalrat hält – wie zuvor der Ständerat – nichts von der Vollgeld-Initiative, die der Nationalbank ein Monopol für die Ausgabe von Buchgeld übertragen will. Sie zielt auf ein gefährliches und unnötiges Experiment ab, befand die Mehrheit. Auch vom Gegenvorschlag will der Rat nichts wissen. Er lehnte die Volksinitiative "für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!" am Donnerstag mit 165 zu 10 Stimmen bei 17 Enthaltungen klar ab. Dieses verlangt, dass in Zukunft nur die Nationalbank elektronisches Geld erzeugen darf, Geschäftsbanken dagegen nicht mehr. Dies soll das Finanzsystem stabilisieren. Hinter dem Volksbegehren steht der Verein Monetäre Modernisierung (MoMo).

Der Nationalrat scheint jedoch das Motto von Nationalbank-Präsident Thomas Jordan zu bevorzugen: "If it's not broken, don't fix it" ("Wenn etwas nicht kaputt ist, repariere es nicht"). Die Initiative beinhaltet eine radikale Umkrempelung des bestehenden Finanzsystems, berge grosse Risiken und könne die Stabilität der Schweizer Volkswirtschaft gefährden, befanden zahlreiche Votanten von links bis rechts. Die Initiative laufe auf "ein Experiment ohne Vergleich" hinaus. Auch sei nicht bewiesen, dass Vollgeld künftig Finanzblasen und -krisen verhindern könne. Auch der geplante erhebliche Machtgewinn der Schweizerischen Nationalbank (SNB) stiess auf grosse Skepsis. Zudem wären stetig wachsende Begehrlichkeiten an die Adresse der Notenbank und politischer Streit vorprogrammiert, gab Kommissionssprecher Beat Walti (FDP/ZH) zu bedenken. Die SNB wiederum würde das Ziel der Preisstabilität aus den Augen verlieren.

Wenig Zuspruch gab es auch für den Antrag einer links-grünen Kommissionsminderheit, den Bundesrat einen Gegenentwurf ausarbeiten zu lassen. Dieser sollte das hiesige Finanzsystem sicherer machen, indem systemrelevanten Banken Eigenkapitalquoten von zehn Prozent vorgeschrieben werden. Nur die Ratslinke unterstützte diese Alternative. Die Ratsmehrheit war aber der Ansicht, dass dieses Anliegen im Rahmen der "Too Big To Fail"-Gesetzgebung bereits in Umsetzung begriffen sei. Der Rat beschloss mit 133 zu 57 Stimmen, nicht auf ihn einzutreten.

5. **Maintien de la solution transitoire pour les échanges d'étudiants**

L'encouragement de la mobilité internationale à des fins de formation et de formation continue est un élément fondamental de la politique de formation à long terme de la Confédération. Depuis plus de vingt ans, les programmes d'éducation de l'UE représentent un élément clé de la politique d'encouragement de la Confédération. Suite à la suspension des négociations sur l'association de la Suisse à Erasmus+ en février 2014, une solution transitoire adoptée par le Conseil fédéral garantit la mobilité internationale des Suisses dans tous les domaines de formation jusqu'à fin 2017.

Dans l'immédiat, la Suisse poursuivra avec la solution transitoire mise en place en février 2014 après la suspension des négociations sur la participation de la Suisse à Erasmus+. La Chambre du peuple a

accepté par 126 voix contre 65 le crédit d'ensemble de 114,5 millions de francs pour les années 2018 à 2020. Dans le détail, 93,8 millions vont aux activités internationales de mobilité et de coopération, 11,1 millions sont prévus pour la nouvelle agence nationale pour la promotion des échanges « Movetia », exploitée par la Confédération et les cantons, et 9,6 millions pour des mesures d'accompagnement.

Le PLR a soutenu la prolongation de la solution transitoire de la Suisse afin de garantir aux étudiants suisses l'accès aux instituts d'études étrangers car il reconnaît l'importance pour la Suisse et les étudiants de pouvoir bénéficier des expériences des autres universités. La Suisse doit réintégrer pleinement le programme européen d'échange d'étudiants Erasmus+ en 2021. Après le Conseil des Etats, le National a chargé le Conseil fédéral de reprendre rapidement les négociations avec l'UE. Une réintégration avant la fin du programme actuel étant impossible, le Conseil fédéral a été chargé de concentrer ses efforts sur le programme suivant Erasmus +. Une motion allant dans ce sens a ainsi été adoptée par le Conseil national par 109 voix contre 80.

6. Nationalrat lehnt Ernährungssouveränitätsinitiative oppositionslos ab

Wie erwartet lehnt der Nationalrat die Initiative "für Ernährungssouveränität" ab, die allen Parteien ausser den Grünen zu weit geht. Nun muss noch der Ständerat sein Votum abgeben. Das Volksbegehren der Bauerngewerkschaft Uniterre will etwa Importe von nicht nachhaltig produzierten Lebensmitteln mit zusätzlichen Zöllen belegen, "gerechte Preise" festlegen und verlangt Massnahmen, damit in der Landwirtschaft wieder mehr Personen beschäftigt werden können. Zudem sollen gentechnisch veränderte Organismen verboten werden. Für viele der Forderungen sind bereits gesetzliche Grundlagen vorhanden. Andere Punkte der Initiative gehen zu weit. Dazu gehören etwa die geplante staatliche Preis- und Mengensteuerung und die vorgeschlagenen Importbeschränkungen. FDP-Präsidentin Petra Güssi (SZ) warnte vor einer "Verballenbergisierung" der Landwirtschaft.

Über die Initiative an sich stimmte der Nationalrat aber gar nicht ab, weil sich die vorberatende Kommission oppositionslos dagegen ausgesprochen hatte. Er musste lediglich über einen Gegenvorschlag einer links-grünen Kommissionsminderheit befinden, der auf die stark restriktiven Elemente der Initiative verzichten will. Die grosse Kammer beschloss mit 126 zu 49 Stimmen bei 6 Enthaltungen, nicht auf diesen Alternativ-Vorschlag einzutreten.

Im Zentrum der mehrstündigen Debatte standen von Anfang an aber nicht Initiative und Gegenvorschlag, sondern vielmehr heftige Kritik an den Plänen des Bundesrats, bei der Landwirtschaftspolitik ab 2022 auf Freihandel zu setzen. Dem Bundesrat vorzuwerfen, er wolle den Tod der Landwirtschaft in Kauf nehmen, sei eine "bitterböse Unterstellung", sagte Johann Schneider-Ammann sichtlich verärgert, als er nach den hitzigen Voten endlich das Wort ergreifen konnte. Der Verfassungsartikel über Ernährungssicherheit sehe ausdrücklich auch Handel vor, rief er in Erinnerung. Ein wirtschaftlicher Nationalismus gefährde den Wohlstand der Schweiz, die jeden zweiten Franken im Export verdienen müsse.

7. Beschleunigter Ausbau der Stromnetze

Um die Stromversorgungssicherheit der Schweiz über funktionierende Netze gewährleisten zu können, müssen in erster Linie die Verfahren beim Infrastrukturausbau von Stromnetzen beschleunigt, Bürokratie abgebaut und die Kompetenzen für die verschiedenen Netzebenen klarer definiert werden. All dies soll dazu beitragen, dass der Um- und Ausbau der Stromnetze rascher voranschreiten kann. Das dazu gehörige Gesetz wurde in der Wintersession nach langer Debatte zwischen dem National- und Ständerat zu Ende beraten.

Das so genannte „Piecce de Résistance“ war die Debatte über die Aufhebung der Durchschnittspreismethode. Diese Methode dient dazu, dass die Stromnetzverteiler und –Produzenten ihre Preisvorteile aus dem Stromhandel an die gebunden Endkunden weitergeben müssen. In der letzten Beratung durch die Einigungskonferenz der Bundesversammlung wurde diese Pflicht für Energie aus erneuerbaren Quellen im Inland aufgehoben (die nicht bereits durch Subventionen unterstützt

wurde). Davon profitieren in erster Linie die kleinen Wasserkraftproduzenten, da sie ihren Strom zu Produktionskosten an den Kunden verkaufen können.

Die FDP hat dieses sachfremde Anliegen im Nationalrat grossmehrheitlich (20:10:2) abgelehnt. Im Ständerat wurde dieser Antrag von der FDP einstimmig unterstützt. Schliesslich wurde die Vorlage in beiden Kammern deutlich angenommen. Die ganze Fraktion hat das Kernanliegen der Vorlage von Anfang an unterstützt. Damit wird eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um die heutigen und zukünftigen Herausforderungen der Stromnetze zu meistern.

8. Le Conseil des Etats en faveur du contre-projet à l'initiative Vélo

L'initiative populaire "Pour la promotion des voies cyclables et des chemins et sentiers pédestres", de la faitière nationale des cyclistes Pro Velo, exige le développement d'un réseau continu de pistes cyclables. La promotion du vélo devrait figurer dans la Constitution, au même titre que les chemins et sentiers pédestres. Le contre-projet veut encourager le vélo au même titre que la mobilité piétonne et la randonnée, mais pas au détriment de la compétence des cantons. Estimant que l'initiative a plusieurs défauts, le Conseil des Etats a largement adhéré, par 35 voix contre 5, au contre-projet direct du Conseil fédéral à l'initiative vélo.

Bien que le but de l'initiative soit louable, les moyens prévus pour y parvenir n'ont pas convaincu les élus et la majorité de la députation PLR : l'établissement et la gestion des pistes cyclables doivent rester de la compétence des cantons et communes. Les pistes cyclables figureraient donc dans la Constitution, sans pour autant porter atteinte au fédéralisme. Ainsi, le contre-projet direct du Conseil fédéral reprend l'essentiel des propositions sans caractère contraignant pour les collectivités publiques. La Confédération pourrait ainsi coordonner et soutenir les mesures prises par les cantons dans ce domaine. Le Conseil fédéral a très justement biffé l'article prévoyant la promotion de la sécurité des pistes cyclables : ces mesures étaient en effet trop contraignantes et auraient généré des surcoûts.

Les initiants ont fait part de leur satisfaction avec le contre-projet du Conseil fédéral. Si le Conseil national suit le même chemin, un retrait du texte n'est pas exclu. Le National devra se prononcer lors de la prochaine session.

9. Vereinigte Bundesversammlung (vbv)

Bundespatentgericht: Das Bundespatentgericht nahm seine Arbeit am 1. Januar 2012 auf und ist zuständig für Patentstreitigkeiten. Die jetzige Wahl erfolgte als Ergänzung zur Gesamterneuerung des Gerichts für die Amtsperiode 2018 bis 2023. Für die zweite Amtszeit kann nun das Gericht in voller Besetzung arbeiten. Die Vereinigte Bundesversammlung (vbv) hat die letzten vakanten Richterstellen besetzt. Gewählt wurden drei neue nebenamtliche Richter mit technischer Ausbildung: Michael Kaufmann, Frank Schager und Diego Vergani. Die Richterstellen werden aufgrund der speziellen Materie nicht nach einem politischen Verteilschlüssel besetzt.

Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA). Als neues Mitglied wählte die vbv Bundesstrafrichter Stefan Heimgartner (CVP) für den Rest der Amtsperiode 2015 bis 2018. Nötig wurde die Wahl wegen des Rücktritts des Bundesstrafrichters Giorgio Bomio (SP).

Bei allen Wahlgeschäften folgte die Vereinigte Bundesversammlung den Anträgen der Gerichtskommission. Alle Fraktionen hiessen die Bewerbungen gut.

10. Geschäfte beider Räte

Frontex: Die Schweiz kann sich am verstärkten Schutz der EU-Aussengrenzen beteiligen. Die Vorlage zur Übernahme und Umsetzung der EU-Verordnung über die neue europäische Grenz- und Küstenwache wurde in der Schlussabstimmung gutgeheissen. Umstritten war im Parlament die finanzielle

Beteiligung der Schweiz. Der Nationalrat wollte diese zunächst auf 12 Millionen Franken im Jahr beschränken. Der Ständerat lehnte das aber deutlich ab. Nun ist ihm der Nationalrat gefolgt. Der Beitrag der einzelnen Länder wird nach dem Verhältnis des nationalen Bruttoinlandsprodukts zu jenem aller Teilnehmerländer berechnet. Mit der neuen EU-Verordnung wird der Küstenwache Frontex eine rasch einsetzbare Reserve von 1500 Grenzschutzexperten zur Verfügung gestellt

Steuerstrafrecht: Das Parlament beauftragt den Bundesrat, auf eine Verschärfung des Steuerstrafrechts zu verzichten. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine entsprechende Motion angenommen. Die kleine Kammer hiess den Vorstoss oppositionslos gut, im Einverständnis mit dem Bundesrat. Mit dem Entscheid ist der Weg frei für einen Rückzug der Bankgeheimnis-Initiative. Das Initiativ-Komitee will in den nächsten Wochen entscheiden, wie SVP-Nationalrat Thomas Matter (ZH) auf Anfrage sagte. Das Hauptziel sei erreicht, stellte er fest. Bei einem Rückzug der Initiative wäre der Gegenvorschlag nicht automatisch vom Tisch. Das Parlament müsste noch entscheiden, ob es diesen abschreiben will.

Informationsaustausch: Die Schweiz soll den automatischen Informationsaustausch (AIA) über Finanzkonten mit 41 weiteren Staaten einführen. Der Nationalrat hatte sich zunächst gegen den Austausch mit Neuseeland und Saudi-Arabien gestellt.

Registre civil et foncier : Le registre de l'état civil et le registre foncier pourront être modernisés. Se ralliant au National, le Conseil des Etats a accepté le recours au numéro AVS pour identifier les personnes dans le registre foncier informatisé. C'était le dernier point sur lequel butait le projet de modernisation lancé par le Conseil fédéral en 2014. Les Chambres ont beaucoup hésité avant de suivre l'option défendue depuis le début par le gouvernement.

Protection de l'enfant : Les professionnels en contact avec des enfants doivent dénoncer les cas de maltraitance si des indices concrets montrent qu'un mineur est menacé. La révision du code civil vise à mieux protéger les enfants contre les abus en unifiant la pratique au niveau national. Les cantons pourront toutefois prévoir d'autres dispositions. Tous les professionnels qui travaillent avec des enfants, dans les domaines de la garde, de l'éducation, de la religion ou du sport, auront l'obligation de signaler les maltraitances ou soupçons. Après le National, le Conseil des Etats a accepté sans opposition la proposition de la conférence de conciliation. Les sénateurs ont ainsi cédé à la ligne, plus restrictive, du National.

11. Geschäfte des Nationalrats

Wehrpflichtersatzabgabe: Wer bei der Entlassung aus dem Militärdienst nicht alle Dienstage geleistet hat, soll künftig zahlen müssen. Der Nationalrat ist einverstanden mit dieser und weiteren Änderungen des Gesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe. Die grosse Kammer folgte in allen Punkten ihrer Sicherheitspolitischen Kommission. In der Gesamtabstimmung stimmte sie den neuen Wehrpflichtersatz-Regeln mit 167 zu 0 Stimmen bei 17 Enthaltungen zu. Anträge für weitergehende oder geringfügigere Änderungen scheiterten. So sprach sich der Nationalrat etwa dagegen aus, dass die Behörden den Pass einziehen können, wenn ein Ersatzpflichtiger seine Abgabe nicht bezahlt hat.

Ausfuhrbeiträge: Das Parlament ist einverstanden mit der Abschaffung der Ausfuhrbeiträge nach dem sogenannten Schoggigesetz. Als Ersatz führt es neue Subventionen für Milch und Getreide ein. Der vom Bundesrat vorgeschlagene Betrag von 68 Millionen Franken pro Jahr genügt den Räten aber nicht. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat beschlossen, das Agrarbudget um 95 Millionen Franken aufzustocken. Die Mehrheit der FDP Fraktion sprach sich im Nationalrat vergeblich für den tieferen Betrag aus. Heute werden mit den Beiträgen nach Schoggigesetz Schweizer Zutaten für exportierte Nahrungsmittel so weit verbilligt, dass sie international wettbewerbsfähig sind. Diese Ausfuhrbeiträge müssen auf Druck der WTO abgeschafft werden.

Tribunal fédéral des brevets : Le Conseil national a accepté par 183 voix sans opposition d'effectuer plusieurs modifications d'ordre organisationnel dans la loi sur le Tribunal fédéral des brevets. Certaines tâches de l'instance réservées actuellement aux juges disposant d'une formation juridique pourraient aussi être réalisées par des juges ordinaires ayant une formation technique. Le dossier passe aux Etats.

Initiative Marche blanche : La mise en œuvre de l'initiative interdire aux pédophiles de travailler avec des enfants prévoira des exceptions pour les cas bénins. Mais une fois prononcée, une interdiction à vie ne pourra jamais être levée. Ainsi en a décidé le National. Enfin, les amours adolescentes seront également considérées comme des cas d'exception. Il n'y aura pas d'interdiction automatique d'exercer pour les jeunes de moins de 22 ans qui entretiennent une relation amoureuse avec un mineur âgé d'au moins 14 ans. Le National a nettement rejeté (172 contre 12) une demande pour biffer cette possibilité.

Fondations : Le Conseil national a refusé par 135 voix contre 46 d'entrer en matière sur l'externalisation de l'Autorité fédérale de surveillance des fondations préconisée par le Conseil fédéral. Le projet est liquidé, le Conseil des Etats s'étant lui aussi opposé. Dans sa forme actuelle, la surveillance des fondations fonctionne et plutôt bien, a estimé le National.

Olympiades : Le National a donné son aval aux crédits demandés par le Conseil fédéral: 8 millions pour les Jeux olympiques 2020 de la Jeunesse à Lausanne, 14 millions pour l'Universiade d'hiver de 2021, 500'000 francs pour les Championnats du monde de hockey sur glace dans la même ville et à Zurich la même année, et 6 millions pour la rénovation du centre sportif de Malley liée à ces deux manifestations.

Parlamentsrecht: Der Nationalrat will keine zusätzlichen Offenlegungspflichten für seine Mitglieder. Er hat zwar eingehend über die Pflicht zur Deklaration des Arbeitgebers und die Veröffentlichung von Kommissionsunterlagen diskutiert. Die Anträge fanden im Rat aber keine Mehrheit. Zugestimmt hat der Nationalrat hingegen einem neuen Register, in dem Reisen im Auftrag des Parlaments offengelegt werden. Weitere Änderungen betreffen den Inhalt von Botschaften ans Parlament, das Verfahren zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität, die Ordnungsanträge oder die Fristen zur Behandlung von Volksinitiativen. Zudem will der Nationalrat am letzten Freitag der Session anstatt bis 11h neu bis 13 Uhr tagen.

Rabais maximal applicable aux franchises à option : Le Conseil national a adopté une motion de la commission de la sécurité sociale et de la santé CN qui charge le Conseil fédéral de maintenir le rabais maximal applicable à toutes les franchises à option à 70 pour cent du risque supplémentaire encouru. Cette motion a été déposée en réaction à l'annonce du Conseil fédéral de vouloir réduire les rabais maximaux accordés aux franchises les plus élevées. Le PLR estime que cette décision du Conseil fédéral est mauvaise car elle sanctionne, par des primes supérieures, les personnes prêtes à assumer un risque financier élevé et ainsi contribuer à un financement durable du système de santé. Cette incitation à faire des choix responsables et à faire preuve de solidarité est essentielle pour que les prestations de santé puissent continuer à l'avenir d'être fournies à un prix abordable. Une motion identique devrait être débattue au Conseil des Etats lors de la prochaine session.

12. Geschäfte des Ständerats

Informationssicherheit: Der Ständerat hat am Montag das Informationssicherheitsgesetz gutgeheissen, mit dem die Sicherheit von Informationen in der Bundesverwaltung verbessert werden soll. Die Bestimmungen waren weitgehend unbestritten. Mit dem neuen Gesetz werde das Recht an die heutigen Bedürfnisse der Informationssicherheit anpasst, sagte Kommissionssprecher Isidor Baumann (CVP/UR). Das Ziel sei ein möglichst einheitliches Sicherheitsniveau. Unbestritten war auch eine Ergänzung, welche die vorberatende Kommission vorgeschlagen hatte. Demnach sollen die Behörden künftig die AHV-Nummer systematisch als Personenidentifikator verwenden dürfen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

Schengen: Die Schweiz soll jährlich 20,6 Millionen Franken zum europäischen Fonds für die innere Sicherheit beitragen. Der Ständerat hat am Mittwoch als Erstrat einer Zusatzvereinbarung zugestimmt, mit 33 zu 1 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Die rechtlichen Grundlagen hatte das Parlament schon vor einem Jahr gutgeheissen. Es sprach sich für eine Beteiligung am Nachfolgeinstrument des Aussengrenzenfonds aus. Die Zusatzvereinbarung regelt nun die finanzielle Beteiligung. Mit den Mitteln aus dem Fonds werden Staaten unterstützt, die wegen ihrer ausgedehnten Land- und Seegrenzen hohe Kosten für den Schutz der Schengen-Aussengrenzen tragen.

Salaires des juges fédéraux : le Conseil des Etats a approuvé par 35 voix et 7 abstentions un nouveau modèle salarial pour les juges du Tribunal pénal fédéral, du Tribunal fédéral des brevets et du Tribunal administratif fédéral. Il doit supprimer une inégalité de traitement due à un barème appliqué depuis 2012. Certains juges élus depuis l'entrée en vigueur de ce barème perçoivent un salaire nettement plus élevé que des juges du même âge en place depuis plusieurs années.

Expo universelle de Dubaï : La Suisse disposera d'un budget de près de 15 millions de francs pour l'Exposition universelle 2020 à Dubaï. A l'instar du Conseil national, le Conseil des Etats a donné son feu vert à la participation helvétique à cette manifestation par 39 voix et une abstention. Les sénateurs ont approuvé le crédit d'engagement de 12,75 millions. S'y ajoutent le coût des travaux préparatoires déjà inscrits au budget 2017 (540'000 francs), les charges de personnel liées au projet (1,7 million à partir de 2018). Le crédit d'engagement comporte une réserve de 150'000 francs.

Faillites étrangères : La reconnaissance des faillites étrangères sera facilitée. Le Conseil des Etats a adopté sans opposition un projet visant à supprimer les problèmes rencontrés dans la pratique. Le projet devrait profiter à l'économie. La possibilité de conduire rapidement et efficacement les procédures de faillite en lien avec l'étranger peut réduire le risque de pertes pour les créanciers. Faciliter l'assainissement d'entreprises internationales peut en outre contribuer à la préservation de l'emploi. Le National doit encore se prononcer.

La Poste : Le Conseil national avait adopté, durant la session d'été et sous l'impulsion du groupe PLR, une motion chargeant le Conseil fédéral de modifier les bases légales en vigueur afin qu'une concurrence loyale et non discriminatoire soit garantie pour tous les acteurs sur le marché postal suisse. Au regret de la majorité du groupe PLR, le Conseil des Etats a fait part de son opposition, à 23 contre 18, à un projet qui aurait fomenté la concurrence dans un domaine fortement régulé. D'autres motions, lancées en réaction à la stratégie de réduction du nombre de bureaux annoncée par la Poste il y a un an, ont été largement acceptées par la Chambre haute. Elles exigent une garantie d'accès à tous les services de la Poste sur l'ensemble du territoire.

Autocars longue distance : Le Conseil des Etats n'a pas suivi la Chambre basse, et a rejeté une motion déposée par le CN Philippe Nantermod qui demandait la libéralisation du transport de voyageurs en autocar à longue distance en Suisse. Bien que d'accord sur le fait qu'une libéralisation totale chamboulerait le système actuel, les Sénateurs divergent sur la question des sollicitudes de concessions déposées ces derniers mois par deux compagnies d'autocars à longue distance. Le CE Andrea Caroni a rappelé une opinion très répandue au sein du PLR, à savoir qu'une libéralisation partielle de ce trafic renforcerait la concurrence dans le domaine des transports.

Véhicules automatisés et autonomes : Le Conseil des Etats a suivi le Conseil national en adoptant largement une motion du groupe libéral-radical qui charge le Conseil fédéral de créer les bases légales dans la loi fédérale sur la circulation routière, afin que l'admission et la circulation de véhicules automatisés et autonomes puissent être réglées à l'échelle de l'ordonnance. La Suisse doit bénéficier d'une flexibilité sur le plan législatif pour pouvoir procéder aux adaptations réglementaires nécessaires, de manière rapide, au regard des développements techniques et au même rythme qu'au niveau international. La motion a maintenant été transmise au Conseil fédéral.

Véhicules à remorque : Les Sénateurs ont adopté une motion déposée par le CN Thierry Burkart visant à adapter la vitesse maximale des voitures automobiles tirant une remorque ou une caravane de 80 à 100 kilomètres à l'heure sur les routes nationales. Le Conseil national ayant déjà approuvé l'objet, le Conseil fédéral doit désormais modifier la législation et veiller à ce que les exigences techniques nécessaires soient satisfaites.

Base légale pour la surveillance des assurés : Le Conseil des Etats a approuvé un projet de la commission de santé et sécurité sociale visant à préciser et à clarifier la base légale régissant la surveillance des assurés. Ce projet permettrait d'ajuster la législation suisse aux standards de la Cour européenne des droits de l'homme. Il doit maintenant être traité à la commission sœur du Conseil national. S'il est ensuite adopté par la Chambre basse, l'Assurance Invalidité pourra alors légitimement utiliser, entre autres, des émetteurs de localisation GPS pour ses opérations de surveillance, ceci sous réserve de l'accord d'un juge.

13. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Postulat FDP-Liberale Fraktion (*Sprecher NR Nantermod*). Digitalisierung: Ein neuer Status für den Arbeitsmarkt?

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, einen neuen Status für Selbstständige in Plattform-Beschäftigung zu prüfen und über dessen Vor- und Nachteile Bericht zu erstatten. Dieser soll einen gewissen, angemessenen Sozialversicherungsschutz bieten, welcher aber unter dem Niveau für Angestellte liegt. Der Status sollte zudem pro Auftragsverhältnis gewählt werden können. Es müssen klare Abgrenzungskriterien vorgeschlagen werden, damit für die Betroffenen Rechts- und Planungssicherheit geschaffen wird.

Begründung

Sogenannte „Plattform-Beschäftigte“ lassen sich oft nicht eindeutig in die Kategorien „Selbstständigerwerbend“ oder „Angestelltenverhältnis“ einreihen. Diese Arbeitsform wird aber im Zuge der Digitalisierung weiter zunehmen. Im Zweifelsfall wird aktuell entschieden, dass es sich um ein Angestelltenverhältnis handelt. Nebst den finanziellen Konsequenzen, raubt dies den Betroffenen Flexibilität und schafft Rechtsunsicherheit.

Der Bundesrat stellt in seinem Bericht „Auswirkungen der Digitalisierung auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen – Chancen und Risiken“ einen Handlungsbedarf fest. *avenir suisse* schlägt in der Studie „Wenn die Roboter kommen“ einen neuen Status „selbstständige(r) Angestellte(r)“ vor.

Dieses Postulat schlägt daher die Prüfung eines umfassenden, neuen Status für Selbstständige in Plattform-Beschäftigung vor: Statt voll für das Angestelltenverhältnis oder die Selbstständigkeit optieren zu müssen, würde dieser Status eine Zwischenlösung bieten. Die zwingenden Inhalte des neuen Status müssten so gering wie möglich gehalten werden und in erster Linie einen verhältnismässigen Sozialversicherungsschutz umfassen. Die Vertragsparteien sollten sich beide bei jedem Auftragsverhältnis zu diesem neuen Status bekennen. Sozialpartnerschaftliche Lösungen können dabei erhalten bleiben.

14. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu acht Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Wintersession 2017 abgeschlossen.

Parlamentarisch unter Dach und Fach kamen folgende Vorlagen:

- › mit 168 zu 10 Stimmen bei 12 Enthaltungen (Nationalrat) und 42 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!", mit dem das Parlament die Vollgeld-Initiative zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 105 zu 71 Stimmen bei 14 Enthaltungen und 42 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung Änderungen des Elektrizitätsgesetzes und des Stromversorgungsgesetzes, mit der die Rechtsgrundlagen für den Aus- und Umbau des Stromnetzes geschaffen werden;
- › mit 126 zu 64 Stimmen und 43 zu 0 Stimmen eine Änderung des Zivilgesetzbuchs, mit der der Kinderschutz gestärkt wird;
- › mit 182 zu 1 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 39 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Änderung des Zivilgesetzbuchs, mit der Grundbuch und Zivilstandsregister modernisiert werden;
- › mit 109 zu 79 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 38 zu 5 Stimmen der Bundesbeschluss über die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands, mit dem sich die Schweiz am verstärkten Schutz der EU-Aussengrenze beteiligen kann;
- › mit 144 zu 42 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 42 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung der Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung des WTO-Ministerbeschlusses, mit dem die Beiträge nach "Schoggi-Gesetz" abgeschafft werden;
- › mit 189 zu 0 Stimmen und 43 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Rahmenabkommens, mit dem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich mit Frankreich geregelt wird.
- › mit zu 128 zu 66 Stimmen bei 1 Enthaltung und 34 zu 2 Stimmen bei 7 Enthaltungen eine Änderung der Richterverordnung, mit der das Lohnsystem der Richter und Richterinnen angepasst wird;

Die Vollgeld-Initiative kommt direkt vors Volk. Die anderen Vorlagen mit Ausnahme der Richterverordnung unterliegen dem fakultativen Referendum